

Antworten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016 der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Sachsen-Anhalt (LAGF)

---

**I. Bildung in Kindertageseinrichtungen:**

**Halten Sie es für sinnvoll, den Betreuungsschlüssel in Kindertageseinrichtungen zu verbessern?**

Ja. Bereits während der Novellierung der Kinderförderungsgesetzes 2012 haben wir uns für eine deutliche Verbesserung der Personalschlüssel ausgesprochen. Das tun wir weiterhin. Eine kontinuierliche Verbesserung ist dringend geboten, da die gegenwärtigen Personalschlüssel deutlich wissenschaftliche Empfehlungen verfehlen. Die Bindungsqualität leidet darunter. Und der Ansatz aus Kitas Bildungsorte zu machen wird damit deutlich erschwert. Mindestens muss bei dem Aufstocken des Personals Urlaub, Krankheit und Fortbildungen einberechnet werden. Dies sehen wir als den ersten Schritt den Betreuungsschlüssel zu verbessern.

**Sollten Familien, die ihr Kind häuslich betreuen, eine finanzielle Anerkennung durch das Land erhalten?**

Wir lehnen Pläne für ein Landesbetreuungsgeld ab. Wir werten ein solches als negativen Anreiz gerade für geringverdienende Eltern oder Eltern mit Migrationshintergrund ihr Kind in die Kita zu bringen. Die Wahlfreiheit der Eltern besteht unseres Erachtens dann, wenn neben der häuslichen Betreuung ein gut ausgebautes Angebot einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung existiert. Gerade im Bereich der Personalschlüssel ist dies in Sachsen-Anhalt noch nicht erreicht. Daher legen wir unsere Priorität auf die Verbesserung der Personalsituation in den Einrichtungen.

**Befürworten Sie eine Fortschreibung des Bildungsprogramms „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“? Wie verbindlich sollte dessen Umsetzung in den Kitas sein?**

Eine Fortschreibung des Bildungsprogramms wird sicherlich bei Zeiten sinnvoll sein. Erfahrungen aus der Praxis, Wissenschaftlicher Erkenntniszuwachs aber auch mögliche neue politische Prioritäten werden eine Überarbeitung des Programms sicherlich nötig machen. Wir sehen das Bildungsprogramm als dynamischen Prozess, der nie gänzlich abgeschlossen werden kann. Im BÜNDNISGRÜNEN Sinne etwa ist der Ansatz Kitas zu „Kinderstuben der Demokratie“ zu machen noch weiter zu stärken im Bildungsprogramm. Ebenso die Kinderrechtsbildung.

Die bestehende Verbindlichkeit des Bildungsprogramms für alle Einrichtungen gemäß dem Kinderförderungsgesetz unterstützen wir.

**Welches Ausbildungsprofil für die pädagogischen Fachkräfte würden Sie befürworten?**

Wir streben eine praxisorientierte dreijährige berufliche Erstausbildung für Pädagog\*innen an. Diese muss über die gesamte Ausbildungsdauer einen kontinuierlichen Wechsel von Theorie und Praxis gewährleisten und diese Ausbildung ist angemessen zu vergüten. Eine Offensive für den Ausbau von pädagogischen Studiengängen und die

Nachqualifizierung in der Frühpädagogik an den Hochschulen ist dringend notwendig. Eine der gestiegenen Qualifikation entsprechende Bezahlung der

Erzieherinnen und Erzieher sowie die Vergütung der Vor- und Nachbereitungszeiten muss selbstverständlich sein.

**II. Bildung in der Schule**

**Wie sollte ein modernes Schulsystem Ihrer Meinung nach aussehen?**

**Wie wollen Sie den Umbau von Schulen zu sozialen Bildungs- und Lernzentren mit besseren Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler, sowie deren individueller Förderung vorantreiben?**

**Was halten Sie von einem Ausbau der Schulsozialarbeit?**

Zentral sind für uns BÜNDNISGRÜNE der Ausbau im Ganztagsschulbereich und die Stärkung der Gemeinschaftsschule.

Ganztägiger Unterricht fördert gezielt besondere Fähigkeiten, einschließlich musischer und sportlicher, gleicht Schwächen aus und schließt Wissenslücken. Durch das Konzept der Ganztagsschulen erhält die pädagogische Arbeit an den Schulen eine stärkere Bedeutung, gerade im Grundschulbereich muss das entsprechende Angebot ausgebaut werden. Qualitätsstandards an den Schulen und vorschulischen Bildungseinrichtungen sollen deshalb sowohl die pädagogische Qualität und den Bildungserfolg, als auch die materielle und personelle Ausstattung definieren und vergleichbar machen. Multiprofessionelle Teams, dazu gehört natürlich auch die Schulsozialarbeit, ausreichend gut ausgebildetes Personal, sehr gute Fortbildungsmöglichkeiten und inklusive Bildungskonzepte sind unsere Eckpfeiler für Qualitätsstandards in Bildungseinrichtungen. Qualifizierungen hierzu müssen durch das Land zielgenau angeboten werden.

Gemeinschaftsschulen ermöglichen ein längeres gemeinsames Lernen. Verbünde von Grundschulen mit einer Gemeinschaftsschule können darüber hinaus das längere gemeinsame Lernen befördern, so dass alle Schulabschlüsse, vom Sekundarschulabschluss bis zum Abitur, ermöglicht werden. Bürgerinnen und Bürger, Schulträger und Gemeinden vor Ort benötigen von der Landesregierung erheblich mehr Gestaltungspielräume. Mindestgrößen für Schulen und Klassen sind der falsche Weg.

Konkret wollen wir weiterhin das Elternrecht stärken und die Schullaufbahnpflicht abschaffen. Stattdessen soll es ein umfassendes Beratungsgespräch am Ende der Grundschulzeit geben. Konkret wollen wir überdies das „Sitzenbleiben“ abschaffen. Durch lückenschließenden Unterricht an der Ganztagsschule wird das Sitzenbleiben abgelöst.

**III. Förderung von Familienbildung / Elternarbeit**

- 1. Wie wollen Sie den Weg der Familienförderung weiter gestalten?**
- 2. Wie sehen Sie künftig die Rolle der Landesfamilienverbände und der Familienzentren?**
- 3. Wie sehen Sie künftig die Rolle des Landesbündnisses für Familien?**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen familienentlastende Angebote wie

Schwangerschaftsberatungsstellen, Familien- und Erziehungsberatungsstellen sowie Familienzentren erhalten und fördern. Angebote der Elternbildung, Selbsthilfe, Sprach- und Gesundheitsförderung müssen besser vernetzt werden und auch in der Fläche überall niedrigschwellig erreichbar sein. Dazu sind Kindertagesstätten hin zu Familienzentren zu entwickeln. Wir begrüßen die Förderung von Familienurlaube und möchten damit noch mehr Familien und vor allem auch Väter erreichen. Generationsübergreifende neue Wohnformen sollen gefördert werden.

Familienförderung heißt für uns auch:

- die Elternbeiträge im Rahmen der Kinderbetreuung sozial zu staffeln und zu deckeln,
- ein ganztägig und ganzjährig gültiges Schüler\*innenticket
- kostenfreies Essen in Kita und Schule für bedürftige Familien
- Lernmittelfreiheit ab der 1. Klasse
- Ausbildungsbegleitung und Stärkung der Teilzeitausbildung für Alleinerziehende
- Ausbau der Elternbeteiligung in der Schule durch eine Drittelparität bei der Gesamtkonferenz
- aber z.B. auch:

Förderung der natürlichen und interventionsarmen Geburt. Wir wollen das Wahlrecht der werdenden Eltern stärken, indem wir uns für eine auskömmliche Finanzierung der freiberuflichen Hebammen einsetzen, eine Landeskampagne zur natürlichen Geburt anstreben und uns für einen hebammengeleiteten Kreißaal in Sachsen-Anhalt einsetzen.

Ein zentrales familienpolitisches Anliegen für uns BÜNDNISGRÜNE ist die umfassende Entlastung und Stärkung pflegender Angehöriger. Der zunehmende Pflege- und Betreuungsbedarf muss zukünftig besser verteilt und aufgefangen werden. Die bundesweit sehr hohe stationäre in Sachsen-Anhalt wie auch die große Anzahl an pflegenden Angehörigen ohne jegliche Unterstützung müssen dringend politisch begegnet werden. Dafür braucht es einen alternativen programmatischen Ansatz, der für uns BÜNDNISGRÜNE „Quartiersansatz“ heißt. Für uns liegt die Zukunft der Pflege im Quartier.

Sowohl die Familienverbände wie auch das Landesbündnis sind für diesen nötigen Prozess wertvolle Ansprech- und Kooperationspartner. Sowohl kommunal wie auch auf Landesebene sehen wir die Rolle der Familienverbände verstärkt in diesem Bereich. Etwa als Partner in regionalen Pflege- und Gesundheitskonferenzen und bei der Erarbeitung einer Landespflege-

gekonzepktion. Die Mittel der Familienverbände für dieses auszubauende Tätigkeitsfeld wären dafür entsprechend anzupassen.

#### **IV. Themenbereich Demographie**

##### **Welche Rahmenbedingungen wollen Sie schaffen oder ausbauen, um selbstbestimmte Teilhabe auch im Alter zu ermöglichen (insbesondere im ländlichen Raum)?**

Wir BÜNDNISGRÜNEN wollen den sogenannten Quartiersansatz umfassend stärken und fördern, um selbstbestimmte Teilhabe auch im Alter zu ermöglichen. Wir wollen regionale Verantwortungsgemeinschaften fördern, die in ihrem Quartier, ihrem Stadtteil, ihrem Dorf gemeinschaftlich Teilhabe sichern.

Solch eine Sozialraumorientierung braucht ein Landesprogramm zur Förderung von Quartiersmanager\*innen. Also zentralen Ansprechpartner\*innen in den Quartieren, die die Fäden zusammenhalten, Akteure vernetzen, Veranstaltungen organisieren und die regionale Verständigung moderieren. Wiederum gilt der BÜNDNISGRÜNE Ansatz: Investitionen in Köpfe, nicht in Beton.

Daneben wollen wir eine landesweite Beratungsstelle für die Kommunen schaffen, um diese bei ihren Quartiers-Vorhaben zu begleiten, zu beraten und zu vernetzen. Auch sollen regionale Gesundheits- und Pflegekonferenzen, koordiniert von der lokalen Verwaltung, verbindlich werden. Damit alle relevanten ehren- wie hauptamtlichen Akteure im Bereich der Unterstützungsangebote, der Gesundheitsversorgung und der Pflege eine gemeinschaftlich getragene Selbstverpflichtung zur Versorgung der Bevölkerung in ihrer Region abschließen können. Dadurch soll die Versorgung gemeinsam geplant und gesteuert werden. Wir setzen auf Kooperation anstelle von Konkurrenz.

Zentral für diesen BÜNDNISGRÜNEN Quartiersansatz ist die von Anfang an zu gewährleistende Mitwirkung und Beteiligung der Bewohner\*innen und Betroffenen. Sie sind die eigentlich tragenden Säulen der regionalen Gemeinschaften. Denn wirkliche inklusive Sozialräume können nicht von professionellen „Helfer\*innen“ erreicht werden, sondern nur von den Bürgerinnen und Bürgern.

##### **Wie wollen Sie erreichen, dass die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und jüngeren Familien in einer älter werdenden Gesellschaft ausreichend Berücksichtigung finden?**

Kinder und Jugendliche werden auf Grund der demographischen Entwicklung mehr und mehr zur Minderheit in Sachsen-Anhalt. Dabei sind junge Menschen für uns BÜNDNISGRÜNE nicht nur die Zukunft, sondern hier und heute Teil der politischen Gemeinschaft. Sie sind als Bürgerinnen und Bürger anzuerkennen und nicht nur als Fachkräfte von Morgen. Daher wollen wir die Beteiligungsrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten junger Menschen umfassend ausbauen:

## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016

- o Wir setzen uns für ein Wahlalter 14 ein. Denn zu diesem Zeitpunkt ist der junge Mensch strafmündig und genießt Religionsfreiheit. Daher ist ein längerer Vorenthalt des Wahlrechts nicht zu rechtfertigen.
- o Kommunen sollen verpflichtet werden junge Menschen bei Vorhaben, die diese betreffen, zu beteiligen. Dafür habe die Kommunen altersgerechte Beteiligungsformen zu entwickeln. Um dieses Recht notfalls per Gericht durchsetzen zu können, wollen wir ein Verbandsklagerecht für Jugendverbände schaffen.
- o Wir wollen Kinder-/Jugendbeauftragte in den Landkreisen und kreisfreien Städten fördern
- o Wir setzen uns für ein Kinder- und Jugendrat auf Landesebene ein, um eine landespolitische Interessenvertretung zu installieren, die entgegen dem Landesschülerrat, ein allgemeines politisches Mandat hat.
- O Zusätzlich setzen wir uns für kommunale Kinder- und Jugendgremien ein, damit die junge Generation unmittelbar lokalpolitisch vertreten ist.
- o Direkt im Landtag wollen wir eine Kinderkommission einrichten als fraktionsübergreifende Kommission für die Belange von Kindern und Jugendlichen
- o Um gleiche Augenhöhe zwischen Jugendamt, Leistungserbringer und den jungen Menschen zu schaffen, wollen wir Beratungs- und Beschwerdestellen (Ombudschäftsstellen) in der Kinder- und Jugendhilfe schaffen.

### **Was halten Sie von einer generell kostenlosen Nutzung des ÖPNV für alle Schülerinnen und Schüler in Sachsen-Anhalt?**

Als BÜNDNISGRÜNE wollen wir ein Schüler\*innenticket, das an 365 Tagen im Jahr und 24 Stunden am Tag gültig ist. Denn soziale Teilhabe setzt in einem Flächenland wie Sachsen-Anhalt Mobilität voraus. Daher ist die kostenfreie Nutzung des ÖPNV insbesondere für Schüler\*innen zu sichern. Gleichzeitig kann damit die Nutzung des ÖPNV gefördert werden, und das halten wir BÜNDNISGRÜNE auch aus umwelt- und klimapolitischen Gründen für sinnvoll.

**V. Themenbereich Armut und Teilhabe**

**Was werden Sie tun, um die Lebenssituation insbesondere der armen Familien im Land und ihre gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten zu verbessern?**

**Besonders im ländlichen Raum verhindert mangelnde Mobilität armer Familien Teilhabemöglichkeiten. Welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie?**

Wir wollen beispielsweise eine Sonderförderung für Kitas in Vierteln mit besonderem Entwicklungsbedarf. Damit diese Einrichtungen besondere Programme und Angebote entwickeln können, die den besonderen Bedarfslagen vor Ort entsprechen. Das können Angebote zur Sprachentwicklung, zur Förderung der Mitwirkung der Kinder oder zur Elternarbeit sein.

Wir BÜNDNISGRÜNE streiten generell für die Einführung einer Kindergrundsicherung. Einer Kindergrundsicherung, die jedem Kind unterschiedslos zusteht und es als eigenständiges Rechtssubjekt stärkt. Insbesondere kann somit das Familieneinkommen derer, die im Niedriglohnbereich arbeiten, wesentlich verbessert und stabilisiert werden.

**Wie werden Sie die Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungschance vorantreiben?**

Im schulischen Bereich setzen wir auf ganztägliche Gemeinschaftsschulen zur Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungschancen. Längeres gemeinschaftliches Lernen und insbesondere eine ganztägliche Rhythmisierung von Lern- und Ruhephasen kommt besonders Kindern aus belasteten Lebenslagen zu Gute.

Kleinere Stellschrauben sind das Festhalten an der Unverbindlichkeit der Schullaufbahnempfehlung. Denn eine Empfehlung für das Gymnasium bekommen bei gleicher Leistung Kinder aus Akademikerhaushalten fünfmal häufiger. Das ist ungerecht, daher darf die Empfehlung nicht verpflichtend sein.

Gleichzeitig ist durch die weitere qualitative Verbesserung der frühkindlichen Bildung im Rahmen der Kinderbetreuung die Chancengerechtigkeit zu verbessern. Gute Kitas können Unterschiede in der sozialen Herkunft in hohem Maße beginnend ausgleichen. Daher wollen wir mehr Personal in die Kitas bringen und konsequent das Bildungsprogramm weiterentwickeln und umsetzen.

**Besonders im ländlichen Raum verhindert mangelnde Mobilität armer Familien Teilhabemöglichkeiten. Welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie?**

Wir wollen eine Landesförderung von Sozialtickets einrichten. Mobilität darf nicht an finanziellen Hürden scheitern. Etwa der Regelsatz im Rahmen des ALG II sieht ca. 19€ im Monat für Mobilität vor. Dafür lässt sich weder ein normales Monatsticket kaufen noch mehrere Familienausflüge im Monat. Daher ist es geboten durch Landesmittel die Kommunen und Verkehrsbetriebe darin zu unterstützen Sozialtickets anzubieten.

## **VI. Themenbereich Arbeit mit Flüchtlingen**

### **Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Integration von Flüchtlingen und hier besonders von Kindern und Jugendlichen fördern?**

Grundsätzlich braucht es das politische Bekenntnis für eine Ankommenskultur, Wir werden uns weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen Zuwanderung als Chance zu begreifen. Wir setzen uns daher für einen Maßnahmenplan ein, durch den die Ausländerbehörden im Land zu echten Willkommenszentren weiterentwickelt werden. Dazu gehört für uns insbesondere sprachlich und interkulturell qualifiziertes Personal. Eine Trennung der aufenthaltsrechtlichen Bearbeitung von allen anderen Fragestellungen ist dabei unerlässlich, um einen fairen Umgang zu sichern. Zusätzlich dazu wollen wir Informations- und Beratungsangebote für Migrantinnen und Migranten bei den Verbraucherzentralen schaffen.

Willkommen heißen und ankommen lassen – das zeigt sich auch in klaren Strukturen, die jede und jeder nachvollziehen und verstehen kann. Deshalb wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Landesregierung die Kompetenzen für Zuwanderung und Integration gebündelt in einem Ministerium zusammenfassen und im Namen des Ministeriums verankern. Dadurch wird die Verantwortung für Integration als Querschnittaufgabe zusammengefasst sowie nach außen und innen sichtbar.

Ankommenskultur umfasst auch politische Teilhabe. Daher wollen wir für Nicht-EU-Ausländer nach einem Jahr Aufenthalt das Wahlrecht bei Kommunalwahlen einführen.

Der Kita und Schulbesuch von geflüchteten Kindern und Jugendlichen muss zügig gewährleistet werden. Gleichzeitig braucht es von Beginn an Sprachkurse für alle.

### **Was halten Sie von einer Aufhebung des Arbeitsverbots, der Vorrangprüfung und der Wartefrist, damit Ausbildungen begonnen und Arbeitsverhältnisse frühzeitig aufgenommen werden können.**

Arbeitsverbot, Vorrangprüfung und Wartefristen lehnen wir BÜNDNISGRÜNEN ab. Vielmehr muss es der Politik um eine möglichst schnelle Integration der geflüchteten Menschen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gehen.

Denn Zuwanderung ist eine Chance für unser Land und unsere Wirtschaft. Nutzen wir diese nicht vom ersten Tag, dann werden viele geflüchtete Menschen Sachsen-Anhalt so bald wie möglich wieder verlassen und wir verpassen diese historische Chance.

### **Es besteht oft nur ein Anspruch auf eine eingeschränkte ärztliche Versorgung nach Genehmigung durch das Sozialamt. Wie wollen Sie die medizinische und psychotherapeutische Versorgung insbesondere von Kindern verbessern?**

Wir wollen möglichst schnell die Gesundheitskarte für Asylsuchende und Geflüchtete einführen. Dazu hat die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits im letzten Jahr einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht. Immerhin liegt dadurch angesto-

## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016

ßen mittlerweile ein Entwurf für den nötigen Landesrahmenvertrag vor. Dieser ist baldigst abzuschließen und dann sind die Landkreise und kreisfreien Städte dafür zu gewinnen entsprechende Vereinbarungen mit den Krankenkassen zu treffen.

Dies ist nötig und geboten, weil die bisherige Praxis mit dem vorgeschalteten notwendigen Gang zum Sozialamt fachlich überaus fragwürdig ist und für die Kommunen unnötige Bürokratie und Kosten mit sich bringt. Ein gleicher Zugang aller zum Gesundheitssystem ist Ziel BÜNDNISGRÜNER Politik. Daher lehnen wir auch den eingeschränkten Leistungskatalog im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes ab.